

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU



Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Brigittenau, für Inländer zu unattraktiv?



Immer mehr Menschen machen den 20. Bezirk zu ihrem Wohnort. Denn, waren 2008 noch rund 82.500 Menschen im Bezirk gemeldet, so sind es nun bereits über 84.000. Bei der Nationalratswahl 2013 hat sich aber gezeigt, dass, trotz steigender Bevölkerungszahl, die Zahl der Wahlberechtigten gesunken ist. (2008/ 51.484, 2013/ 49.872 Wahlberechtigte).

Das bedeutet, dass mehr Menschen ohne Wahlrecht, somit ohne österreichische Staatsbürgerschaft, in den Bezirk zugezogen sind, dafür aber Wahlberechtigte den Bezirk aktiv verlassen haben oder verstorben sind.

Obwohl mit Altbausanierungen oder Dachgeschoßausbauten durchaus komfortabler Wohnraum angeboten wird und auch die Innenstadt- und Grünraumnähe die Wohnqualität merkbar unterstützen, ziehen immer weniger Inländer in den Bezirk.

Warum ist das so?

Ist der Wohnraum zu teuer? Liegt es an mangelnder Nahversorgung oder fehlender öffentlicher Verkehrsanbindung? Fehlen Kinderbetreuungs- oder Bildungseinrichtungen? Oder unterliegt der Bezirk schädlichen oder gefährlichen Umwelteinflüssen?

Nein! Es ist die Bevölkerungsstruktur, die den Bezirk nicht zur ersten Wahl bei Inländern macht. Um nicht eine unbegründete Behauptung aufzustellen, möchte ich folgendes beispielhaft zur Kenntnis bringen.

Abgesehen davon, dass in den Schulklassen ein bis zu 90%iger Anteil von Kindern mit Nicht-Deutscher Muttersprache sitzt, der Bezirk eine auffällige Konzentration von Menschen mit sozial schwachem Status aufweist und viele von Arbeitslosigkeit betroffen sind, weicht in manchen Bereichen das gesellschaftliche Verhalten gegenüber anderen Bezirken deutlich ab.

Denn die Bezirks-GRÜNEN brachten erst in der letzten Bezirksvertretungssitzung einen Antrag ein, der die Verschmutzung des Bezirks behandelte. Aktionstage oder bewusstseinsbildende Maßnahmen soll es geben, um dem achtlosen Wegwerfen oder Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum, sogenanntes Littering, den Kampf anzusagen.

Berichten der mobilen Parkbetreuung im Bezirk folgend, kann der verursachende Personenkreis aber leicht definiert werden. Denn darin wird wörtlich berichtet, dass z.B. die türkischen Jugendlichen in den Parks praktisch in ihrem eigenen Dreck sitzen würden. Die darauf Angesprochen meinten, dass es nicht ihrer Kultur entsprechen würde ihren Mist in Abfallbehältern zu entsorgen. Sie würden sogar verlacht werden sollten sie das tun und ihre Eltern machen das auch nicht. Wenn man nun bedenkt, dass die Brigittenau einen der höchsten Anteile türkischstämmiger Menschen in Österreich aufweist, dann wird klar, wen die gewünschten Maßnahmen treffen müssen.

Die Multikulti-Partei verschleiert mit semantischer Umschreibung die Verursacher des Übels und projiziert es auf die gesamte Bezirksbevölkerung. Wenn der Trend, dass Inländer den Bezirk meiden, so weiter geht, dann werden sie in ein paar Jahren damit recht haben.

Die Bezirks-SPÖ übrigens sieht gar kein Verschmutzungsproblem. Ihr zufolge gibt es ja Aktionstage und offenbar reicht ein prominent besetztes Pressefoto eines solchen Tages im Jahr als Nachweis einer "sauberen" Brigittenau.

LAbg. GR Gerhard HASLINGER



Fast 3 Monate sind seit der Nationalratswahl Ende September des heurigen Jahres vergangen und – auch wenn wir bis heute noch immer keine neue Regierung haben – damit ist dieses Ereignis auch schon wieder Geschichte. Aber dennoch möchte ich einen kleinen Rückblick machen.

Am 27. und 28. September veranstaltete die Kulturell-caritative Union der Muslime - Ridvan Moschee am Allerheiligenplatz ihr sogenanntes Kermes-Fest. Bei diesem werden vor allem – meist nicht sehr attraktive – Gewänder und türkische Speisen feilgeboten. Für besonderen Ärger bei den Anrainern sorgte allerdings die teilweise massive Rauch- bzw. Geruchsbelästigung durch einen dort verwendeten Holzkohलगrill.

Dass solche Veranstaltungen in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung immer wieder mit Beeinträchtigungen der Anrainer verbunden sind, ist auch dem Herrn Bezirksvorsteher bekannt. Dennoch erfolgte eine Bewilligung dieses Festes mit seiner Zustimmung.

Und was hat das jetzt alles mit der Nationalratswahl zu tun, werden Sie fragen. Nun, nicht nur den Termin - unmittelbar vor dem Wahltag – sondern auch die Tatsache, dass dabei einseitige Wahlwerbung betrieben wurde. Auf jedem Stand und auch auf dem Festzelt waren Plakate des SPÖ-Kandidaten Ekrem Gönültaş mit dem Slogan Şimdi söz sizde! (Jetzt sind Sie am Wort!) angebracht und der die gesamte Umgebung des Allerheiligenplatzes verrauchende und verstinkende Holzkohलगrill wurde von Männern mit roten Kappen und roten Leibchen mit dem SPÖ-Logo betrieben.

Darauf in einer Sitzung des Bezirksparlaments im Rahmen einer von mir gestellten Anfrage angesprochen, erklärte SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler (SPÖ), dass er davon nichts wisse bzw. dass es ja nicht nur die Brigittenauer bzw. Wiener SPÖ gäbe, sondern auch die Bundes-SPÖ. Welch ein Zufall, dass deren Vorsitzender, Bundeskanzler Faymann, bei der TV-Wahldiskussion mit HC Strache auch nichts von den türkischsprachigen Plakaten seines Kandidaten Gönültaş wusste.

823 Vorzugsstimmen erhielt der auf Platz 38 der SPÖ-Bundesparteiliste gereichte Herr Gönültaş in der Brigittenau und damit zweieinhalb Mal so viel wie der Spitzenkandidat Faymann (328 VZ-Stimmen). Vom türkischstämmigen Grünen Bundesrat Efgani Dönmez wurde übrigens die Vermutung geäußert, dass die hohe Zahl an Gönültaş-Vorzugsstimmen durch kollektives Ausfüllen von Wahlkarten in Moscheen zustande gekommen sei.

Hehre Grundsätze wie die Trennung von Religion und Politik sind der SPÖ ganz offensichtlich dann nichts mehr wert, wenn es um ein paar Stimmen mehr für die eigene Partei geht. Da gilt „Mein Name ist Hase ich weiß von nichts“, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam



Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2013

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Chefredakteur: Michael Howanietz; michael.howanietz@fpoe.at; Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Umdenken Richtung Zukunft



Die Zeit nach einem Wahltag ist geprägt von Neuorientierung, von Visionen, von neuen Perspektiven. Welche Perspektiven aber kann unsere Gesellschaft der eigenen Zukunft bieten bzw. die selbstgewählte Zukunft unserer Gesellschaft?

Den Kindern, die, kurz nach der Geburt aus der Geborgenheit des elterlichen Urvertrauens gerissen, in staatli-

warten, dafür aber Klassen, in denen sie, dank überwältigender Mehrheiten nichtdeutschsprachiger Kinder, früh und hautnah das Gefühl des Heimatverlusts erfahren dürfen. Den sinnsuchenden Jugendlichen, für die es echte Helden nicht geben darf, die nur Versatzstücke von Vorbildern vorgesetzt bekommen, in sterilen Filmfiguren, in roboterhaften Menschenabstraktionen, oder in den Kunst-

Heimchen am Herd“ abgestempelt sind. Den Erwerbstätigen, die, so sie erfolgreich sind, der unbändige Hass der Gleichmacher trifft, die, selbst oft unfertig sozialisierte Versager, Siege neiden und Sieger / Leistungsträger reflexartig auf ihre Augenhöhe degradieren müssen. Den Senioren, die mit mickrigen Pensionen überleben müssen und allzu oft in Altenheime weggesperrt werden, wo sie mit fragwürdiger mentaler und lukullischer Verköstigung einen tristen Lebensabend fristen.

Die linken Fortschrittsgestalter haben es fast geschafft und unsere Gesellschaft zerstört, so nachhaltig, dass sie über weite Strecken irreparabel ist. Sie haben nur vergessen, vom Untergang den sie für die verachtete eigene Herkunft konzipiert haben, werden sie auch selbst, ganz persönlich, betroffen sein und, für sie noch schlimmer, im Überlebenskampf werden sie Seite an Seite mit all dem stehen, was sie geringschätzen und zwanghaft bekämpfen. Als wäre es ein Fehler, eine Heimat zu haben, als wäre es Sünde, eine Identität zu besitzen und für ihren Erhalt einzutreten.



Foto: Internet

che Obhut übergeben werden sollen, um einer ideologischen Geschlechtsumwandlung unterzogen und zur „Welt-offenheit“ gedrillt zu werden. Die in völliger Naturentfremdung aufwachsen, ihren innersten Rhythmen beraubt, in der Anonymität städtischer Wohnburgen, in denen Nachbarn Fremde sind. Den Schülern, die keine Lehrplätze er-

gestalten aus Shows, die wohl bald Deutschland sucht den fehlerfreien Aufsatz heißen werden.

Den Eltern, die Vater, aber nicht mehr Mann sein dürfen, weil ein ganzes Geschlecht als Synonym für Unbeherrschtheit und Gewalt propagiert wird; die Frau, aber nicht mehr Mutter sein dürfen, weil sie dann als „dummes



BR Michael Howanietz
Klubobmann der FPÖ Brg.
Ansprechpartner für:
Umwelt, Bezirksentwicklung.



Flüchtlingsarmada auf dem Mittelmeer wächst



AUFGEDECKT!
Schlimmster Asyl-Betrug

530 000 EURO! Jordanier (18) erschleicht Krankenhaus-Leistungen

470 000 EURO! 10-köpfige Familie erlügt sich jahrelang Stütze

275 000 EURO! Sozialamt finanziert illegalen Autohandel

Millionen Menschen, die weltweit als potentielle Wirtschaftsflüchtlinge gelten, stellt sich die Frage nach der Aufnahmekapazität Europas. Und es stellt sich die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, den Menschen vor Ort zu helfen, und damit dafür Sorge zu tragen, dass die Flüchtlinge nicht zu solchen werden, sondern geeignete Bedingungen vorfinden, ihre Herkunftsländer so aufzubauen, dass sich auch dort geeignete Lebensumstände realisieren lassen.

Je früher man sich mit den Ursachen der Flüchtlingsströme befasst und Lösungen zur Selbsthilfe anbietet, umso eher werden sich massive Probleme und Konfliktpotentiale abwenden lassen. Denn es ist absehbar, dass ein friedliches Nebeneinander von überalternden europäischen Gastländern und jungen, meist männlichen Flüchtlingen nur solange gegeben ist, als die finanziellen Versorgungsmöglichkeiten vorhanden sind. Denn natürlich stellt gewisse Ansprüche, wer sich z. B. von Bengasi (Libyen) nach Lampedusa um rund eintausend US-Dollar schleppen lässt, obwohl er angeblich mittellos ist.



Die Zeitungen waren voll von Berichten über das Bootsunglück vor der italienischen Insel Lampedusa, das über zweihundert Flüchtlinge das Leben kostete. Groß war die zur Schau gestellte Betroffenheit, die Hintergründe des Ereignisses wurden aber kaum beleuchtet.

Das ist bedauerlich, denn die zugrunde liegenden Probleme werden sich weiter verschärfen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen schätzt, dass zwischen Jänner und Oktober 2013 über 32.000 Asylsuchende nur nach Malta und Italien kamen. 2012 waren es insgesamt 10.380. Dieselbe UNO-Einrichtung erwartet für 2014 alleine zwei Millionen syrische Bürgerkriegsflüchtlinge.

Das hindert den Direktor der EU-Grundrechteagentur, Morten Kjaerum, aber nicht daran, eine Öffnung der europäischen Grenzen auch für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt zu fordern. Wünschen darf man sich natürlich alles, aber man sollte hie und da über die eigene Nasenlänge hinausdenken.

Angeichts von mehreren hundert



Muslimische Gebetsräume statt Kruzifix?



Im Verlauf des vergangenen Schuljahres wurden im Brigittenauer Gymnasium die Kruzifixe abgenommen. Interessierten Schülern und Eltern wurde erklärt, dass dies ob einer „gewissen Prozentzahl“ von nicht christlichen Schülern gesetzlich notwendig geworden wäre.

Hier wird nachzuforschen sein, um welches Gesetz und welche Prozentzahl es sich konkret handelt und ob, wenn

die Auslegung korrekt erfolgte, überhaupt noch ein einziges Kreuz an Brigittenauer Schulen hängen dürfte. Auch die „gewisse Prozentzahl“, die umgekehrt die Einrichtung muslimischer Gebetsräume gestattet oder sogar erforderlich macht, wird zu erkunden sein.



BR Susanne Chirkov

Ansprechpartnerin für:
Soziales, Jugend, SeniorInnen,
Frauen und Integration;
Kultur;
Bezirkentwicklung.



Das Kruzifix



Unsere „Ungläubigen“ werden beim Anblick des Kruzifix nicht vor Angst erstarren und glauben, Jesus könnte vom Kreuz herabsteigen und sie alle, mit der Macht Gottes, dazu zwingen, den Weg zum Christentum finden zu müssen. Das Kruzifix steht nicht für Unterdrückung, Erpressung oder Zwang, sondern es ist ein Symbol der unendlichen und bedingungslosen Liebe, über den Tod hinaus.

Dieses Symbol aber wird aus unseren Schulen verbannt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Haben wir christliche Österreicher auch Menschenrechte, die es lohnt zu respektieren und zu schützen? Wenn die Menschenrechte Andersgläubiger von einem christlichen Symbol, das seit 2013 Jahren für bedingungslose Liebe steht, bedroht werden, dürfen dann auch wir, christliche Österreicher und Europäer, uns durch unübersehbare Entwicklungen bedroht fühlen, die unsere Freiheit untergraben? – Wie etwa am Beispiel bestimmter textiler Unfreiheitssymbole zu erkennen, die immer häufiger unser Straßenbild prägen. Wie an offenen Drohungen zu erkennen, die uns als Menschen zweiter Klasse diffamieren, weil wir einen anderen Glauben haben?



BR Dalibor Sumanski

Ansprechpartner für:
Soziales, Jugend,
SeniorInnen, Integration
Verkehrsentwicklung

Erfolg macht sexy



Die FPÖ hat bei den NR-Wahlen am 29. September ein hervorragendes Er-

gebnis eingefahren. Damit hat sie ihren Wert als Werbeträger maßgeblich gesteigert. Anders kann wohl nicht zu verstehen sein, wenn einige Wiener Nachtclubs FPÖ-Wählern künftig den Zutritt verweigern wollen. Dass dieser Schritt besonderer demokratischer Reife in der Realität - wegen fehlender Kennzeichnung der Wähler – nicht durchführbar ist, liegt auf der Hand. Bleibt also nur die eingangs erwähnte Vermutung, dass hier jemand am Erfolg der Freiheitlichen mitnaschen will, um sich selbst wieder interessant zu machen und ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.



Foto: Wikipedia

Brigittenauer Lände 58!

Massenquartier, Problemhaus und die Ohnmacht der Behörden



Das Haus auf der Brigittenauer Lände 58 sorgt bereits seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, für Aufregung bei Anrainern, diversen Magistratsdienststellen und der Polizei.

Der als „Problemhaus“ definierte Altbau fällt dadurch auf, dass er als Massenquartier für Asylwerber und Zuwanderer aus aller Herren Länder dient. Derzeit leben viele Inder, Pakistani und Roma darin. Es sind an die 130 Menschen an der Adresse gemeldet, die aber nicht alle dort wohnen. Diejenigen die aktuell Un-

terkunft genommen haben sind wiederum anderswo oder gar nicht gemeldet.

Nun hätte Anfang November ein Zimmerbrand im 1. Stock der Brigittenauer Lände 58 zu einer Katastrophe führen können. Denn durch den Rauch und die Rauchgase war es den Hausbewohnern nicht möglich ins Freie zu gelangen. Obwohl das Objekt nur 31 Wohnungen hat, wurden bei der Rettungsaktion rund

Situation seit Jahren bekannt ist. Seit 2005 wurden immerhin 81 Verfahren und 15 Anzeigen wegen Baumängeln, sanitären Übelständen, Meldeverstößen, wegen dem Elektrotechnik- oder Gasgesetz, gegen den Hausherren erstattet. Bestraft wurde er aber nur selten.

Von uns Freiheitlichen wurde das Thema schon 2012 und nun auch in die Novembersitzung der Bezirksvertretung



Fotos4: W. Sehner

200 (!) Menschen von Polizei und Feuerwehr gerettet.

Besonders ärger- und unverständlich ist die Tatsache, dass den Behörden die

eingbracht, damit endlich Maßnahmen dem Treiben ein Ende setzen. Schließlich gibt es bereits im Internet einen eigenen „Blog“ der sich mit dem Haus und der Situation im Umfeld befasst.

Bemühungen der Gebietsbetreuung, die Unterkunftnehmer dazu anzuhalten gemeinsam gegen den Hausherren vorzugehen, fand keine Unterstützung. Somit blieb alles beim Alten.

Die seit Jahren vorherrschende Situation in dem Haus macht die Ohnmacht der Behörden deutlich, um gegen das Geschäft mit Zuwanderern vorzugehen. Es zeigt aber auch das wahre Gesicht der Wiener Integrationspolitik, abseits von Charta- und Migrationsromantik.

Wir Freiheitliche fordern: Wer die Zuwanderung, so wie die Rot-Grüne Stadtregierung befürwortet, und wer Österreich, so wie SPÖ/ÖVP/Grüne, gerne als Einwanderungsland bezeichnet, der hat auch dafür zu sorgen, dass mit diesen Menschen kein Geschäft gemacht wird. Wenn ihnen das nicht möglich ist, mögen sie künftig darüber schweigen.

LAbg GR Gerhard Haslinger





Landwirtschaft, Bauern, Arbeitsmarkt

Wenn die jüngsten Zahlen der Agrar Markt Austria (AMA) belegen, dass die österreichischen Agrarexporte weiterhin stark ansteigen, ist genaueres Hinsehen erforderlich. Weitläufig versteht man unter Agrarexporten landwirtschaftliche Frischwaren und Zubereitungen. Nicht unbedingt käme man auf die Idee, dass auch Energydrinks, Limonaden, Eistee und Süßwaren darunter fallen.

dessen Bedingungen sie nicht abgestimmt ist und auch gar nicht abgestimmt werden soll, weil das erhebliche Qualitätsverluste zur Folge hätte. Das liegt aber auch daran, dass die Förderungen für den Umstieg auf Biolandwirtschaft zurückgefahren wurden und somit eine große Chance für steigende Selbstversorgung, steigende Exporte (aufgrund enormer internationaler Nach-

„Limo-Bauern“ jubeln dürfen, sondern auch dort wieder punkten können, wo Landwirtschaft im engeren Sinne betrieben wird.



Das ist insofern wichtig, weil die verbreiteten Jubelzahlen nicht über die Versäumnisse der österreichischen Agrarpolitik der letzten Jahre hinwegtäuschen dürfen. Das sogenannte „Bauernsterben“ geht munter weiter. Und auch der Selbstversorgungsgrad Österreichs geht in vielen bedeutenden Bereichen (z. B. Obst) weiter zurück. Steigen die Exporte im Obst-Bereich, heißt das bei sinkendem Angebot zwangsläufig, das für den Inlandsmarkt umso mehr importiert werden muss.

Das liegt einerseits daran, dass unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft einem Weltmarkt ausgesetzt wird, auf

frage nach österreichischer Bioqualität) und sinkende Arbeitslosenzahlen verweigert wurde.

Denn es gibt viele, besonders junge Österreicher, die sehr gerne einen landwirtschaftlichen Betrieb führen oder in einem solchen arbeiten würden. Dazu müssten aber Betriebszahl und Arbeitsplatzangebote in diesem Bereich steigen, was unter entsprechenden Rahmenbedingungen möglich wäre, aus den genannten Gründen aber nicht der Fall ist.

So kann nur gehofft werden, dass die neue Bundesregierung nicht die Fehler der alten prolongiert und wir nicht nur über wachsende Exporte unserer



Die kleine Zrinyigasse...

...ist eine Gasse zwischen Hartlgasse und Jägerstrasse, umgeben von Brigittenauer Industriebetrieben.

Über die Zrinyigasse wurde in letzter Zeit öfters geschrieben, wegen verkehrstechnischer Probleme (Radweg, undisziplinierte Autofahrer) oder wegen einer Baumfällung.

Aber die Zrinyigasse hat auch einen viel höheren kulturellen und historischen Wert als man denkt, denn der Namensgeber hat eine bemerkenswerte Geschichte, steht er doch gegen die Osmanisierung von Österreich in der damaligen Zeit.

Zrinyigasse, 1869 benannt nach dem Feldherren Nikola Šubić Zrinski (auch Zrínyi, 1508–1566); er zeichnete sich bei der ersten Türkenbelagerung 1529 aus, und kämpfte in den folgenden Jahren in zahlreichen Gefechten erfolgreich gegen Truppen des Osmanischen Reichs. Zrinski gilt in Kroatien und Ungarn als Nationalheld. Die Gasse hieß zuvor Quergasse, um 1863 Große Gärtnergasse.

BR Alfred Pfeiffer



Nikolaus Graf Zrinski 1620-1664

„Sichere“ Brigittenau?

Diebstähle im Bezirk häufen sich weiter, Täter immer unverschämter



Frau Mag. Kopschar, beliebte Tierärztin in der Brigittagasse, hat leider noch keine Überwachungskamera und es ist bei ihr üblich, dass Kunden manchmal an die Türe klopfen, wenn es nur um eine Frage oder ein Rezept für Ihre Tiere geht.

Zwei Männer aber, die kürzlich an

die Ordinationstüre klopfen, betraten die Praxis, mit der Forderung, den einen ungebetenen Besucher sofort zu behandeln, da er Zahnschmerzen habe.

Die Tierärztin versuchte den beiden Männern, die mit ausländischem Akzent sprachen und sich nicht gut auf Deutsch

verständigen konnten, immer wieder zu erklären, dass sie eben eine Tierärztin und keine Zahnärztin sei.

Da betrat eine Dame mit ihrem Hund das Wartezimmer, woraufhin die Männer dasselbe verließen.

Kurz später klopfte es erneut. Frau Mag. Kopschar kam aus dem Behandlungsraum und öffnete. Die beiden Männer von vorhin stürmten in die Ordination, und in den hinteren Bereich, wo sie abwechselnd auf die Medikamente und die Backe des kleineren Mannes zeigten.

Nach der neuerlichen Erklärung, sie befänden sich in einer Tierarzt-Praxis, gingen die Männer so schnell, wie sie gekommen waren. Nicht ohne Beute, wie Frau Kopschar bei einem Blick auf ihren Schreibtisch feststellte. Die Brieftasche und mit ihr eine Bankomat-Karte sowie € 1.500,- fehlten.

Eine Anzeige bei der Polizei folgte. Es konnte aber kein Einbruch und auch kein Diebstahl geltend gemacht werden, u. a. aufgrund der fehlenden Sachbeschädigung. Die Versicherung übernimmt daher auch keine Haftung.



BR Erika Landegger
Organisationsreferentin
Ansprechpartnerin für:
Finanzen.

Grüne - Doppelmoral!

Alles für alle! Aber für Autofahrer nichts!



So fällt die Anbringung von Bodenmarkierungen für den ruhenden Verkehr in den Kompetenzbereich des grünregierten Verkehrsressorts. Und da passiert derzeit Ungeheuerliches.

Durch die neue Kennzeichnung der Stellflächen mit Bodenmarkierungen sind im Bezirk mindestens 120 Parkplätze verloren gegangen. Denn obwohl an vielen Orten im Bezirk (z.B. Engerthstraße) seit Jahren das Parken im Winkel von 90° ohne Gefährdung oder Behinderung möglich war, wird diese Praxis seit einiger Zeit schonungslos abgestraft, wenn das Fahrzeug nicht, wie markiert, schräg abgestellt wird.

Wenn es um Regeln oder Einschränkungen im Zusammenleben geht, dann sind es von den aktuellen politischen Parteien die GRÜNEN, die am Lautesten schreien. „Niemand ist illegal oder Alles für alle!“

Betreffen solche Regeln und Einschränkungen aber die Autofahrer, dann sieht es ganz anders aus. Der erklärte Todfeind der Wiener GRÜNEN ist das Kraftfahrzeug. Wo nur irgendwie Landes- oder Gemeindekompetenz für den Kraftfahrzeugverkehr zu tragen kommen, wird den Autofahrern das Leben schwer gemacht.



Viele Brigittenauerinnen und Brigittenauer haben in den letzten Monaten Strafen bezahlen müssen, nur weil sie ihr Fahrzeug so abgestellt hatten wie es seit Jahrzehnten üblich war.

Ein unbeschreiblicher Skandal im Anbringen von Bodenmarkierungen liegt in der Adolf-Gstöttner Gasse vor, denn hier wurden Parkplätze nur aus politischer Willkür vernichtet.

An Hand dieses Irrsinns ist aber die Philosophie der Grün-Politik gut ablesbar: Nicht Lösungen im Sinne der Gemeinschaft sind das Ziel, sondern das fördern von Missgunst und Feindseligkeit gegenüber Autofahrern ist ihr Programm.

LABg GR Gerhard Haslinger

KIBIZ – Islamische Bildungseinrichtung mit Security vor der Tür

Das „Kinder-Bildungs- und Integrationszentrum Wien“ kurz: KIBIZ, offenbar auch für die Stadt Wien suspekt!

Nächst dem Brigittenauer Bezirkszentrum, in der Sackgasse der Romanogasse findet sich auf Nr.: 28 besagte „Bildungseinrichtung“. Was genau hinter verschlossenen Türen auf 2.300 Quadratmetern veranstaltet wird, ist unklar. Faktum ist, dass, offenbar muslimische Kinder in dem Objekt beaufsichtigt oder unterrichtet werden.

KIBIZ-Begründer Abdullah POLAT sorgte bereits vor 1 ½ Jahren für Aufregung, nachdem er in der Sendung „Heimat, Fremde Heimat!“ über sein Projekt sprach. Eigentlich sollte es eine muslimische Mädchenschule werden, da daraus aber nichts wurde, waren Kindergarten, Kinderkrippe und ein Hort geplant. Da POLAT angab, selbst keine finanziellen Eigenmittel zu haben und beim AMS

zum Integrationscoach umgeschult wurde, sollte die Stadt Wien das Projekt subventionieren. Rund 5 Mio. Euro würden jährlich dafür benötigt werden.

Eine von uns Freiheitlichen im Mai 2012 gestellte Anfrage an den Bildungstadtrat und die Integrationsstadträtin ergab, dass die Stadt Wien keine Subventionierung für diesen Verein vorgesehen habe.

Nun wird seit geraumer Zeit festgestellt, dass in dem Objekt Kinder ein und ausgehen und dass ein Mann mit „Talibanbart“ auch nachts das Umfeld beobachtet. Dieser Security war auch schon an einer tätlichen Auseinandersetzung beteiligt, bei der ein anderer Mann, aus demselben Kulturkreis, laut Zeugenaussagen schwer verletzt wurde.

Diese Vorkommnisse sind beunruhigend, zumal Polat kein Geheimnis daraus machte, ein strenggläubiger Moslem zu sein. Diese Sorte von Moslems,

die nicht unbedingt für die friedliche, tolerante Auslegung des Islam stehen.

KIBIZ ist offenbar im Bezirk in Betrieb gegangen. Aber wirklich nur, um den in Földern beworbenen Zielen zu dienen?

Indessen hat KIBIZ beim Wiener Stadtschulrat auch um die Genehmigung zur Führung eines Schulbetriebs angesucht. Zur Erweiterung des offiziellen Programms, denn eine Krippe für Kinder von 0 bis 6 Jahren gibt es laut MA 10 bereits. Für den beworbenen Hort- und Nachmittagsbetrieb (inklusive Nachhilfe) gibt es laut MA 11 keine Genehmigung.

Wir Freiheitliche werden uns die Antworten auf viele offene Fragen einholen und Sie darüber informieren!

BR Zoltan Player
Ansprechpartner für:
Verkehr und Kultur.

Armut ist kein Asylgrund! Gastkommentar von Johannes Hübner

Wir müssen davon ausgehen, daß südlich der Sahara etwa eine Milliarde Menschen leben, von denen - nach sehr vorsichtigen Schätzungen - rund 400 Millionen daran denken, den Kontinent zu verlassen. Derzeit schaffen es zum größten Teil nur jene Einwanderer nach Europa, die über die notwendigen finanziellen Mittel (bis zu 10.000 Dollar!) verfügen, um sich von Schleppern nach Italien, Griechenland oder Spanien bringen zu lassen.

Diese Leute haben meist einen entsprechenden Werdegang in ihren Herkunftsländern; es handelt sich dabei nicht um die armen Bauern, geschweige denn um „Opfer politischer Verfolgungen“. In den europäischen Medien wird nicht - korrekterweise - von „illegalen Einwanderern“, sondern - pauschal und absichtlich irreführend - von „Flüchtlingen“ oder „Asylanten“ gesprochen.

Beweggrund der Auswanderer sind regelmäßig mangelnde wirtschaftliche Zukunft- und Aufstiegschancen in ihren Heimatländern, oft auch die mangelnde Rechtssicherheit und die generell prekäre Sicherheitslage. „Asylgründe“ im traditionellen Sinn sind dies nicht.

Die EU sorgt mit ihrem Grenzregiment und den betroffenen Staaten aufgezwingenen „Mindeststandards“ für eine maximale Behinderung der nationalen Behörden bei der Bewältigung der Einwanderungsströme. In der Regel führt dies dazu, dass die besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten ihren Widerstand gegen die Einwanderungswellen aufgeben. Italien hat beispielsweise immer wieder versucht, den Einwanderern klarzumachen, dass sie konsequent nach Nordafrika zurückgeschickt werden, wurde von den EU-Behörden aber dafür massiv kritisiert und daran gehindert, die Wandererboote in die Herkunftshäfen zurückzuschleppen. Die Folge: Tausenden illegalen Einwanderern wurden befristete Reisedokumente mit der Auflage, in andere EU-Staaten weiterzureisen, ausgestellt, hinsichtlich der übrigen wird eine „solidarische europäische Lösung“ verlangt.

Die einzige Lösung wäre, gesamteuropäisch klarzustellen, dass es keine Aussicht gibt, ein Bleiberecht in Europa zu erzwingen und die Rücksendung in die Herkunftsländer oder in andere, außereuropäische, Drittstaaten am Ende der Reise steht. Dazu

muss es klare und einfach exekutierbare Abkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern - sofort - geben. Die wirtschaftspolitische Macht der EU und ihre Stellung als „Hauptgeberin“ der weltweiten Entwicklungshilfe macht es - politischen Willen vorausgesetzt - leicht, solche Abkommen durchzusetzen. Ein Untertauchen in Europa, ein vorübergehender Bleibezustand mit sozialer Absicherung, sowie die Möglichkeit, Familienangehörige nachzuholen, muss konsequent unmöglich gemacht werden. Die Probleme politischer Verfolgung und kriegsbedingter Fluchtbewegungen müssen in den betroffenen Kontinenten selbst - durchaus mit finanzieller Unterstützung Europas - gelöst werden, dürfen aber nicht weiter als Vorwand für die Duldung illegaler Masseneinwanderung missbraucht werden.

NAbg. Dr. Johannes Hübner ist Sprecher der FPÖ für Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie Rechtsanwalt in Wien.

*Die Brigittenauer Freiheitlichen
wünschen Frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr 2014!*



Anlässlich ihres 90. Geburtstages erhielt Frau Paula BÖHM, von FPÖ-Bezirksparteiobmann LABg. GR Gerhard HASLINGER Besuch. Dabei wurde aber nicht nur gratuliert, sondern auch die Glückwunschkunde sowie eine kleine finanzielle Zuwendung der Stadt Wien feierlich überreicht. **Wir wünschen Frau Böhmer alles Gute und viel Gesundheit für die Zukunft.**

TERMINE:

Frauenstammtische:

Donnerstag, **23.1.2014**; 18:30 Uhr
Donnerstag, **20.2.2014**; 18:30 Uhr
Donnerstag, **27.3.2014**; 18:30 Uhr
WO: Gasthaus „Zur Tramway“,
1200 Wien, Wexstraße/Ecke Burghardgasse

Weitere Termine:

Sonntag, **2.3.2014**, ab 14:00h

KINDERFASCHING,

im Brigittenauer Stadl

Seniorenstammtisch:

Jeden ersten Mittwoch um 16:00h, im Styria XX
Rauscherstrasse 5/Bäuerlegasse; 1200 Wien



Zustelladresse: